

Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V.

Aquinostr. 7-11
50670 Köln
Telefon 0221 / 972 69-20 oder -30
Telefax 0221 / 972 69-31

info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

Arbeitsbericht

für die Jahre 2014 / 2015

Vorgelegt zur Mitgliederversammlung am 15. November 2015 in Berlin

Einführung

Zur Mitgliederversammlung, die alle zwei Jahre stattfindet, berichten wir über die wichtigsten Aktivitäten des Grundrechtekomitees in den verschiedenen Themenbereichen. Wir wollen einen zusammenfassenden Überblick über die politisch relevanten Tätigkeiten geben und damit zur Reflexion anregen, um über weiterführende Perspektiven diskutieren zu können.

Der Finanzbericht wird einschließlich des Revisionsberichtes eigens vorgelegt. Die Fragen, wie wir mit finanziellen Einbußen und dem Schwund bei der Zahl der Fördermitglieder umgehen sollen, beschäftigt uns nun schon seit einigen Jahren sehr.

Personell arbeitet das Komitee weiterhin kontinuierlich mit drei Sekretariatsstellen, die mit Martin Singe, Elke Steven und Dirk Vogelskamp besetzt sind. Seit 2013 sind zwei Stelle um 1/3 reduziert, um den finanziellen Engpässen zu begegnen.

Die politische Arbeit des Komitees wurde in unseren regelmäßig tagenden Ausschussgremien, dem Geschäftsführenden Vorstand (Heiner Busch und Theo Christiansen), dem Vorstand und dem Arbeitsausschuss sowie den verschiedenen Arbeitsgruppen beraten, koordiniert und auf den Weg der Umsetzung gebracht.

Jeweils fünf Ausgaben unseres Infobriefes wurden jedes Jahr erstellt und verschickt.

Gemeinsam mit sieben weiteren Bürgerrechtsorganisationen geben wir jährlich den Grundrechte-Report im Fischer-Verlag heraus. Elke Steven ist Mitherausgeberin für das Grundrechtekomitee und arbeitet in der Redaktion.

Die Schwerpunkte verändern sich, die Themen bleiben jedoch dieselben, die uns seit Gründung des Komitees für Grundrechte und Demokratie vor 35 Jahren beschäftigt haben.

Flucht, Migration und Asyl

In den zurückliegenden beiden Jahren haben uns wesentlich das kalkulierte Sterbenlassen im Mittelmeer, der bundesdeutsche Umgang mit den Roma-Flüchtlingen und die fortlaufenden Verschärfungen des Asylrechts beschäftigt.

Roma – die Parias der deutschen Asylpolitik

Schon 2013 hatten wir uns mit dem bundesdeutschen Antiziganismus beschäftigt (Broschüre: Sinti und Roma als Bürgerinnen und Bürger in Deutschland). Mit der Bildung der großen Koalition wurde ersichtlich, dass die Regierung die Westbalkanstaaten zu „sicheren Herkunftsstaaten“ zu erklären beabsichtigte. In verschiedenen Gesetzesnovellierungsetappen wurden die Absichten auch durchgesetzt. Dagegen haben wir verschiedene Initiativen gestartet: Wir veröffentlichten den Bericht der Recherche von Elke und Albert Scherr nach Serbien und dem Kosovo, die sie im Rahmen des Projekts Ferien vom Krieg im August 2013 unternahmen. Der Bericht unter dem Titel „Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung“ macht die Unhaltbarkeit der Regierungsargumentation ersichtlich. Über das Konstrukt von sicheren Herkunftsländern können die Asylgesuche dieser Menschen schneller abgelehnt und sie selbst rasch aus Deutschland abgeschoben werden. Im April 2014 starteten wir einen offenen Appell an die Bundesregierung für die Rechte der Roma-Flüchtlinge, den zahlreiche Bürgerrechtsorganisationen, Flüchtlingsräte und Roma-Verbände unterzeichneten. Auch in der Öffentlichkeit fand er Resonanz. In diversen Erklärungen, Veröffentlichungen und Schreiben haben wir uns an die Fraktionsspitzen der regierenden Parteien gewandt. Mit dem aktuellen Asylbeschleunigungsgesetz, gegen das wir ebenso protestierten, werden wieder Staaten aus Südosteuropa zu vermeintlich sicheren erklärt.

Proteste gegen das Sterben an den europäischen Wohlstandsgrenzen

Wir haben seitens des Komitees für Grundrechte und Demokratie immer wieder gegen die unerbittliche Grenzabschottung, die ungezählte Menschenleben fordert, protestiert und in zahlreichen Artikeln und Erklärungen darüber aufgeklärt. Komiteelich fordern wir einen offenen Zugang nach Europa für die Menschen auf der Flucht vor Krieg, Elend und Not. Wir haben zu diversen Großdemonstrationen mit aufgerufen und für das Notruftelefon „Watch the med – Alarm Phone“ geworben. Die Beschlüsse der EU-Kommission im Kontext der gegenwärtigen großen Fluchtbewegungen werden die Situation für die notleidenden Menschen weiter verschärfen. Das unerträgliche Sterben im Mittelmeer wird weitergehen.

Albert Scherr, Mitglied im Vorstand des Grundrechtekomitees, unterstützt insbesondere die Proteste gegen die Nacht- und Nebel-Abschiebungen von Roma in Freiburg. Die Proteste der Flüchtlinge am Berliner Oranienplatz haben wir solidarisch begleitet.

Der Kampf ums Grundrecht auf Versammlungsfreiheit beginnt auf der Straße

Blockupy

Über den Frankfurter Kessel, mit dem die Polizei einen Teil der Großdemonstration von Blockupy 2013 ausgeschlossen hatte, haben wir einen ausführlichen Bericht erstellt und das Vorgehen grundrechtlich bewertet. Das Buch „Blockupy 2013 - Der Frankfurter Polizei-Kessel am 1. Juni 2013“ ist im Februar 2014 erschienen und vielfach bestellt worden.

Am 22. November 2014 „half“ Blockupy beim Umzug der EZB und brachte einige Umzugskartons zum neuen EZB-Gebäude. Wiederum haben wir die Demonstration mit einer Demonstrationsbeobachtung begleitet und darüber berichtet. Nachträglich wurden Klagen über „Gewalttäter“ vehement in die Öffentlichkeit und auch in die Diskussionen im Hessischen Landtag getragen. Diese Darstellungen entbehrten jeder realistischen Beschreibung. Anfang Dezember haben wir deshalb unsere Beobachtungen und deren Bewertung in einer Presseinformation öffentlich dargelegt.

Im März 2015 haben wir den Protest von Blockupy in Frankfurt erneut mit einer Demonstrationsbeobachtung begleitet. Kurzfristig hat Elke Steven für die Graswurzelrevolution einen Kommentar zu den widersprüchlichen Erfahrungen dieses Tages geschrieben, der viel öffentliche

Aufmerksamkeit errang. In einer kleinen Broschüre haben wir sachlich die Entwicklungen des Protestes an diesem Tag beschrieben und diese wiederum veröffentlicht. Zu verschiedenen größeren Veranstaltungen in Frankfurt und Berlin, die die Erfahrungen vom Protest im März 2015 thematisierten, ist das Komitee für Grundrechte und Demokratie und Elke Steven als dessen Vertreterin eingeladen worden.

Die polizeilichen Berichte über die Proteste legten immer nahe, dass zuhauf Straftaten geschehen seien. Tatsächlich kam es nur zu wenigen Anklagen und gerichtlichen Verhandlungen, die wir teilweise beobachtet haben. Klagen gegen den Kessel im Jahr 2013 sind noch immer anhängig, nachdem das Verwaltungsgericht Frankfurt diesen für gerechtfertigt erachtet hat.

Polizeiliche Gewalt gegen „Gegendemonstrationen“

In Magdeburg instrumentalisieren NPD, Kameradschaften und autonome Nationalisten, ähnlich wie in Dresden, das Gedenken an die Bombardierung Magdeburgs für ihre nationalistischen und rassistischen Aufmärsche. Unter dem Motto „Initiative gegen das Vergessen“ betreiben sie ihre geschichtsignorante Verleugnung von Zusammenhängen und von Verantwortung. Im Januar 2014 haben wir deshalb die Demonstrationen dort beobachtet und darüber berichtet. Januar 2015 standen wir zwar bereit, konnten aber letztlich entscheiden, dass es diesmal wohl nicht notwendig wäre.

Auch in der kleinen vorpommerschen Hansestadt Demmin trafen die Proteste gegen eine Versammlung von Neonazis im Mai 2014 auf eskalierte staatliche Gewalt. Ein junger Franzose war von der Polizei so traktiert worden, dass er danach im Krankenhaus in ein künstliches Koma versetzt werden musste. Wir hatten selbst keine Demonstrationsbeobachtung organisiert, konnten aber auf viele Berichte, auch die hilfreichen einer Demonstrationsbeobachtung des akj-Greifswald, zurückgreifen und in einem Offenen Brief Stellung zum polizeilichen Vorgehen nehmen.

Offene Briefe, Stellungnahmen ...

An den Protesten gegen den Wiener Akademikerball, einer Veranstaltung der österreichischen Burschenschaften unter Federführung der FPÖ, hatte ein junger Mann aus Jena teilgenommen. Über ein halbes Jahr blieb er in Untersuchungshaft. Die Vorwürfe gegen ihn schienen weitgehend konstruiert und ohne stichhaltige Belege. Auch über dieses fragliche Vorgehen haben wir informiert, Zusammenhänge dargestellt und uns öffentlich zu Wort gemeldet.

Die Berliner Demonstrationsbeobachtungsgruppe hat die Proteste rund um den 1. Mai 2014 beobachtend begleitet. Sie beklagten vor allem einen gewalttätigen, gefährlichen und unverhältnismäßigen Einsatz der Polizei in einem U-Bahnhof zum Abschluss des 1. Mai.

Zu verschiedenen anderen Anlässen haben wir uns zum Umgang mit dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu Wort gemeldet. Immer wieder gilt es zu beklagen, dass Versammlungsbehörden, offizielle Politik und Polizei, aber auch Staatsanwaltschaften das Grundrecht missachten, einschränkende Auflagen erlassen und gegen einzelne Demonstrierende unverhältnismäßig vorgehen.

Der Kampf ums Grundrecht auf Versammlungsfreiheit begleitet uns von Anfang an. Die Versuche dieses Recht zu beschränken, seiner Grundlage zu berauben und die Bürger und Bürgerinnen von seiner Wahrnehmung abzuschrecken sind ungezählt. Gerade entsteht mal wieder von Seiten einiger Bürger und Bürgerinnen die Idee, man müsste rassistische, nationalistische und antisemitische Gesinnung mit Demonstrationsverboten bekämpfen. Das ist und bleibt der ganz und gar falsche Ansatz!

Gesundheit

Elektronische Gesundheitskarte

Seit Herbst 2005 organisieren wir den Protest gegen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte. Diese Kritik haben wir immer mit der Kritik am Umbau des Gesundheitssystems verbunden. Regelmäßig haben wir in unseren Infobriefen und in Artikeln über den gegenwärtigen Stand bei der Einführung informiert und dem Akzeptanzmanagement der Krankenkassen und der Desinformationspolitik von Regierung und Datenschutzbeauftragten die nüchterne Analyse entgegengesetzt. Immer wieder haben der Druck und die Fehlinformationen zu vielen konkreten Nachfragen per Telefon, Email und Briefen geführt. Das Grundrechtekomitee wird als fundierter und verlässlicher Kritiker in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Seit Anfang des Jahres 2015 konnten wir unsere Empfehlung, die Abgabe der Fotos zu verweigern, nicht mehr aufrecht erhalten. Gesetzesänderungen machten es möglich, dass die Kassen nun erheblichen Druck ausübten. Die alten Karten konnten nicht mehr eingelesen werden. Viele Kassen weigerten sich, papierne Bestätigungen der Versicherung auszustellen, und manche Arztpraxen und Krankenhäuser weigerten sich, mit solchen Nachweisen abzurechnen.

Am 13. Januar 2015 legte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe den Referentenentwurf für ein „Gesetz für sichere digitale Kommunikation und Anwendungen im Gesundheitswesen“ vor. In einer Stellungnahme setzten wir uns ausführlich mit diesem E-Health-Gesetz auseinander, das Druck zur Einführung der eGK erzeugen und zugleich für den Ausbau einer Telematikinfrastruktur sorgen soll.

Nationale Kohorte

Bereits im April 2014 haben wir in der AG Gesundheit das Thema der medizinischen Langzeitstudie „Nationale Kohorte“ aufgegriffen. Insbesondere Wolfgang Linder, seit nunmehr 10 Jahren Mitglied dieser Arbeitsgruppe, Jurist und ehemaliger stellvertretender Datenschutzbeauftragter in Bremen, verfolgt die Entwicklungen und Diskussionen sehr genau. In mehreren Artikeln hat er die Kritik an diesem Projekt dargelegt. Mehrmals haben wir uns in Briefen, Stellungnahmen und Presseinformationen zu den Perspektiven dieses Projektes geäußert. Insbesondere an diesem Thema arbeiten wir eng mit Uta Wagenmann vom Gen-ethischen Netzwerk zusammen. Mit Fragen zum Datenschutz sensibler Gesundheitsdaten haben wir uns im Sommer und Herbst 2015 gemeinsam mit dem Gen-ethischen Netzwerk und BioSkop an die Forschungsministerin und an die NaKo gewandt.

Arbeitsgruppe Strafvollzug

Aus verschiedenen Gründen konnte die AG in dem Berichtszeitraum nicht zu einem direkten Treffen zusammenfinden, so dass der Austausch nur über die üblichen sonstigen Kommunikationswege stattfinden konnte.

Die INFORMATIONEN 4/2014 von September 2014 waren dem Schwerpunkt Gefangenearbeit gewidmet. Wir berichteten u.a. von den Problemen medizinischer Versorgung in den Gefängnissen, über Reformrückstände in Strafvollzug und Strafgesetzgebung, über die sozialen Rechte von Gefangenen und die neue Gefangenengewerkschaft sowie über die Entwicklung bei der Sicherungsverwahrung bzw. der „nachträglichen Therapieunterbringung“.

Die Strafvollzugsarbeit der von Martin Singe koordinierten AG war auf die Einbeziehung der Gefangenen in die Rentenversicherung konzentriert. Zu unserer seit 2011 laufenden Petition hatte der Bundestag im April 2014 eine Entscheidung gefällt, der gemäß das Anliegen zur weiteren Bearbeitung der Bundesregierung und den Landesvertretungen zugeleitet wurde. Wir kontaktierten viele Verbände aus der Straffälligenhilfe und die zuständigen VertreterInnen der Parteien

für diesen Themenbereich. Die Linken haben mit Matthias Birkwald (MdB) federführend einen Gesetzentwurf erarbeitet, der am 18. Dezember 2014 im Bundestag debattiert wurde. Mit einer Presseerklärung nahmen wir zur Bundestagsdebatte Stellung. Mehrheitlich wurde in der Debatte auf die Verantwortung der Länder verwiesen. Die Grünen hatten inzwischen – auch auf unsere Interventionen hin – eine positive Haltung zu unserem Anliegen entwickelt, so dass Linke und Grüne für den Gesetzentwurf stimmten. Mehrheitlich wurde er abgelehnt mit Verweis auf die mutmaßlich mangelnde Bereitschaft der Länder, im Bundesrat zuzustimmen. Auf einen von uns anlässlich der Frühjahrskonferenz der JustizministerInnen erstellten Offenen Brief von Mai 2015, der von den wichtigsten Straffälligenhilfsorganisationen mitgetragen wurde, haben uns alle Justizministerien geantwortet. Die Konferenz beauftragte den Strafvollzugsausschuss der Länder, die Modalitäten einer möglichen Umsetzung zu eruierten, was wir als einen Erfolg unserer Arbeit bewerten. Ein Ergebnis der Herbstkonferenz der JustizministerInnen lag bei Abfassung dieses Berichtes noch nicht vor.

Mit der neu gegründeten Gefangenengewerkschaft, die etliche Gruppen in verschiedenen JVA's umfasst, arbeiten wir hinsichtlich der Forderungen nach gerechterer Entlohnung und Einbeziehung in die Sozialversicherungssysteme zusammen.

In der kommenden Zeit wollen wir auch wieder das Thema der lebenslangen Freiheitsstrafe aufgreifen, das ja lange im Mittelpunkt der AG-Arbeit gestanden hatte. Anlässlich der aktuell anstehenden Reform der Tötungsdelikte im Strafgesetzbuch ist eine Einmischung unsererseits angezeigt. Helmut Pollähne, der in unserer AG mitarbeitet, hat in der Zeitschrift „Freispruch“ von Sept. 2015 zum Ergebnisbericht der Reformkommission einen kritischen Aufsatz veröffentlicht. Die Reform scheint lediglich auf eine verbale Kosmetik hinauszulaufen, offensichtlich ist die von uns geforderte Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe aktuell in der Reformkommission nicht mehrheitsfähig.

Da unsere Dokumentation zu der Anhörung „Haftbedingungen“ von 2009 vergriffen war, haben wir eine kleine Neuauflage nachgedruckt.

Friedenspolitik des Komitees

Im November 2013 wurde dem Grundrechtekomitee für seine Friedensarbeit der Peter-Becker-Preis in der Aula der Universität Marburg verliehen. Reiner Braun lobte in der Laudatio die Spannweite von politischer Analyse bis hin zum praktischen Friedensengagement. Die Dankreden hielten Andreas Buro und Martin Singe.

Seit der MV im November 2013 sah sich die Friedensbewegung vor allem herausgefordert von der angespannten Lage in der Ukraine sowie der forcierten Kriegsführung in Syrien, u.a. durch das Erstarken des IS. Das Grundrechtekomitee hat in verschiedenen Kontexten zu den Konflikten Stellung genommen und die eigene Position sowie friedenspolitische Alternativen dargestellt.

Das Grundrechtekomitee war auf vielen Veranstaltungen zum Themenbereich Frieden präsent, zum Teil auch Mitveranstalter örtlicher oder regionaler Themenabende. Auf etlichen Konferenzen und Tagungen waren wir mit Vorträgen oder auf Podien präsent. Über all diese Veranstaltungen kann hier im einzelnen nicht berichtet werden.

Syrien/Nahost und Ukraine als Konfliktfelder

In den INFORMATIONEN von Juli 2014 und Nov. 2014 nahm Andreas Buro, friedenspolitischer Sprecher des Grundrechtekomitees, Stellung zur Entstehung von ISIS/IS, der Verschärfung des Krieges in Syrien und den Möglichkeiten politischer Konfliktbearbeitung unter Einbeziehung der Nachbarstaaten und der beteiligten Großmächte. Andreas Buro arbeitet weiterhin im Dialog-Kreis zur Lösung des kurdisch-türkischen Konfliktes. Dieser Kreis gibt regelmäßig die „Nützlich-

chen Nachrichten“ heraus, die online abonniert werden können. In einer analytischen Stellungnahme von Mani Stenner und Andreas Buro von März 2014 wurde zur kritischen Solidarität mit dem Autonomie-Projekt in Rojava aufgerufen

Im September 2014 erschien in einer Auflage von 5.000 Exemplaren das von Andreas Buro und Karl Grobe verfasste Dossier „Der Ukraine-Konflikt“ in der Reihe des Monitoring-Projektes. Andreas Buro und Reiner Braun haben als Anregung für Aktionen und Diskussionen ein Papier „Ukraine – Brücke zwischen West und Ost“ veröffentlicht, in dem anschließend an den Waffenstillstand von Minsk (Februar 2015) für eine Brückenfunktion der Ukraine zwischen Europa und Russland und gegen jegliche Einbeziehung der Ukraine in eines der Militärbündnisse plädiert wird.

Kooperation für den Frieden

Das Grundrechtekomitee ist Mitglied im Bündnis Kooperation für den Frieden (KoFrie). Hier sind wir mit Andreas Buro und Martin Singe im Kooperationsrat vertreten. Ebenfalls arbeiten wir im Netzwerk Friedenskooperative mit, das die Zeitschrift „FriedensForum“ herausgibt. Martin Singe arbeitet für das Komitee in der Redaktion mit.

Auseinandersetzungen gab es in der Kooperation für den Frieden um den sog. „Friedenswinter 2014/15“, einer Kampagne, die zusammen mit den „Mahnwachen“ verschiedene Friedensaktionen organisierte (13.12.14, Berlin-Demo, bis 10.5.15, Berlin-Demo) und Aktionszeitungen herausgab. Die Zusammenarbeit mit den teils rechtslastigen Mahnwachen wurde seitens der Kooperative im Mai 2015 für beendet erklärt. Nach einer gemeinsamen Aktionskonferenz in Frankfurt im April 2015 hatte das Komitee sich klar gegen eine Fortsetzung jeglicher Kooperation mit den Mahnwachen eingesetzt.

Rüstungsexporte

Wir arbeiten weiterhin eng mit der Kampagne „Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ zusammen. Peter Grottian und Heinz Kappei aus Berlin haben hierbei intensiv mitgewirkt und waren zusammen mit Martin Singe auf Planungskonferenzen präsent. Anlässlich der Rheinmetall-Aktionärsversammlung haben wir zusammen mit dem Netzwerk Friedenskooperative im Mai 2014 in Düsseldorf eine Straßenaktion und Kundgebung veranstaltet. In Berlin organisierte eine komiteenahe Gruppe vor dem Hotel, in dem die Hauptversammlung von Rheinmetall stattfand, sowohl im Mai 2014 wie auch 2015 jeweils eine Protestaktion. Mit verschiedenen Gruppen aus der Friedensbewegung unterstützen wir die Unterschriftenkampagne „Keine Waffen nach Nahost“. Die Aufschrei-Kampagne hat als neuen Schwerpunkt das Thema „Kleinwaffen / Munition“. Wir sollten überlegen, mit welchen Aktionen wir gegen die gerade angelaufene Panzerlieferung nach Katar und die Fusionspläne von Krauss-Maffei mit dem frz. Nexter-Konzern vorgehen können.

Atomwaffenmodernisierung

Das Grundrechtekomitee hat sich mit der geplanten Modernisierung der nach wie vor in Deutschland stationierten Atomwaffen beschäftigt. In einer Presseerklärung haben wir darauf hingewiesen, dass die Modernisierung der US-Atomwaffen in Europa, die einer Neustationierung gleichkommt und den Unterschied zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen aufhebt, zu einem neuen gefährlichen nuklearen Wettrüsten führen kann wie Anfang der 1980er Jahre der sog. Nachrüstungsbeschluss der NATO. An der Aktion „Büchel65“ – einer mehrwöchigen Blockadeaktion –, die die politischen Inhalte unterstreichen sollte und während der Überprüfungs-konferenz zum NPT (Atomwaffensperrvertrag) in New York stattfand, beteiligten wir uns im Mai 2015 mit einer kleinen Gruppe. Unsere Forderungen wurden auch über eine Presseerklärung transportiert: Beendigung der nuklearen Teilhabe durch die Bundesregierung innerhalb der

NATO und Abzug der Bomben aus Büchel als erste Schritte sowie den Beitritt zur Humanitarian-Pledge-Initiative zur Ächtung aller Atomwaffen.

Bundeswehr-Propaganda

Am 13. Juni 2015 fand erstmals bundesweit ein „Tag der Bundeswehr“ unter dem Motto „Aktiv.Attraktiv.Anders.“ statt. Anlass waren das 60-jährige Bestehen der Bundeswehr und das Jubiläum „25 Jahre Armee der Einheit“. Komitee-VertreterInnen waren bei den Protesten in Bonn präsent. Als Komitee hatten wir vorab eine Presseerklärung verbreitet, in der wir vor allem die Bewerbung und Rekrutierung Jugendlicher verurteilten, die der Kinderrechtskonvention widerspricht. Eine Korrespondenz zu dieser Frage mit dem Verteidigungsministerium brachte keine neuen Erkenntnisse. Das Ministerium will an der Rekrutierung und Bewerbung von Jugendlichen festhalten.

Strafprozesse / Völkerrecht

Wegen der Prozesse gegen Teilnehmende des Aktionscamps „War starts here“ am Gefechtsübungszenrum in Letzlingen bei Magdeburg wurden wir um Unterstützung gebeten. Wir haben Hilfe bei der Prozessorganisation und -beobachtung zugesagt; die Prozesse, die wegen des Sitzes des BMVg in Bonn stattfinden werden, haben noch nicht begonnen. Strafprozesse wegen Aufrufens zum whistleblowing in Sachen Atomrüstung und Panzerexporten haben wir politisch begleitet.

Im Dezember 2013 beobachteten wir den Kunduz-Prozess vor dem Bonner Landgericht. Es ging um die Bombardierung der Tanklaster am 4.9.2009 durch Oberst Klein, bei dem etwa 140 Menschen getötet wurden. Das Gericht wies die Schadensersatzklage ab, da es keine schuldhaftige Amtspflichtverletzung durch Oberst Klein feststellen konnte.

Sonstiges

◆ Ende Januar 2015 gründete sich die **Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung"**, an der das Grundrechtekomitee, vertreten durch Elke Steven, von Anfang an beteiligt war. Inzwischen ist ein breites Bündnis entstanden, das sich für gesetzliche Regelungen einsetzt, die eine politische Arbeit von gemeinnützigen Vereinen möglich machen. Mehreren Vereinen ist in den letzten Jahren die Gemeinnützigkeit - z.B. attac - entzogen worden.

◆ In Stellungnahmen und Artikeln hat sich Heiner Busch zur **Novellierung des Bundesverfassungsschutzgesetzes** geäußert.

• „Sowohl aus demokratischer als auch aus menschenrechtlicher Perspektive ist der Protest gegen das Freihandelsabkommen TTIP dringend geboten.“ Mit einer **TTIP-Erklärung**, die unsere eigene Perspektive herausstellt, haben wir zur Teilnahme an der Großdemonstration im Oktober 2015 aufgerufen.

◆ Im **Online-Blog „In Bewegung“ des „Neuen Deutschland“** hat Elke Steven monatlich von Dezember 2012 bis August 2014 einen Kommentar veröffentlicht.

Veröffentlichungen

- Grundrechte-Report 2014 und 2015
- Blockupy: Demonstrationsbeobachtung am 18. März 2015
- Blockupy 2013 - Der Frankfurter Polizei-Kessel am 1. Juni 2013

Weitere Berichte

- Der Bericht des Gefangenenbeauftragten wird von Christian Herrgesell eigens vorgelegt. Die Aktion „Bücher für Gefangene“ ermöglicht es, dass etwa 170 Gefangene pro Jahr ein Buch ihrer Wahl erhalten können. Ebenfalls schicken wir jährlich ca. 25 – 30 gespendete Schreibmaschinen an Gefangene.
- Das Kölner Büro arbeitet eng mit dem Frankfurter Büro von Ferien vom Krieg zusammen. Der Vorstand beschäftigt sich regelmäßig mit der Entwicklung des Projektes, das zwar eigenständig Spenden sammelt, aber finanziell an das Komitee und seine Gemeinnützigkeit angebunden ist. Das Projekt legt in seinem aktuellen Herbstbrief den Bericht zu den Begegnungen des Jahres 2015 vor. Jährlich erscheint eine umfangreiche Broschüre, in der über die stattgefundenen Seminare und Begegnungen im jeweiligen politischen Kontext (ehemaliges Jugoslawien; Israel – Palästina) berichtet wird.

gez. Elke Steven, Martin Singe, Dirk Vogelskamp